

Wyk auf Föhr, 22. Januar 2015

Pressemitteilung

Die Insel- und Halligen werden abgehängt

Die Insel- und Halligkonferenz sieht mit großer Sorge die Entwicklungen im Bereich der Trassenvergabe für den Autozugverkehr nach Sylt. Wohin soll die Entwicklung gehen? Wer zahlt den Preis, wenn die Kostenspirale immer weiter nach oben dreht und welche Züge werden noch in den hohen Norden – in den echten Norden – fahren? Werden die Preise für die höheren Trassenentgelte, die die Firma RDC anscheinend zu zahlen bereit ist, auf die Kunden umgelegt, dann geht die Finanzierung der Bahnstrecke zu Lasten der Einheimischen und Gäste. Eine reine Betrachtung der Trassenentgelte ist zu kurz gedacht. „Oberstes Vergabekriterium sollte die Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung vor Ort sein und nicht alleine unternehmerische Gewinnmaximierung. Hier ist ein Umdenken auf allen Verantwortungsebenen notwendig“, fordert der Vorsitzende Manfred Uekermann. „Die Anbindung der Inseln und Halligen muss im sozio-ökonomischen Kontext betrachtet werden.“ Alle Bestrebungen, die Auswirkungen des demographischen Wandels zu verringern und den Wirtschafts- und Lebensstandort Westküste zu stärken, werden zunichte gemacht, wenn die Anbindung der Inseln und Halligen an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht sichergestellt ist. Ein Umschichten des Verkehrs auf die Straße kann nicht die Zukunftsperspektive sein. Es gibt noch viele ungeklärte Fragen bei der Trassenvergabe für den Autozugverkehr, vom Einsatz der Fahrzeuge über den Bestand der IC-Anbindung nach Westerland mit Kurswagen nach Dagebüll, der Gewährleistung eines optimalen Güterverkehrs per Schiene bis zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region. Im Gesamtkonzept der Verkehrsanbindung ist die Bahn ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor; zum einen zur Sicherung der Infrastruktur, zum Erhalt als dauerhaften Wohn- und Lebensraum für die Bevölkerung, zum anderen zur Sicherstellung der Arbeitsplätze rund um den Tourismus in der gesamten Region. Die nordfriesischen Inseln und Halligen sind auf die zuverlässig funktionierende Bahnanbindungen (Fern-, Nah-, Güterverkehr) angewiesen.

„Ein Kriterium der Vergabe muss die Gewährleistung der Leistungsfähigkeit des Autozug-Anbieters sein, so dass bei einem eventuellen Anbieterwechsel ein reibungsloser und uneingeschränkter Betrieb vom Zeitpunkt der Übernahme an sichergestellt ist“, sind sich die Vorsitzenden der AG Verkehr und Schiffssicherheit Paul Raffelhüschen und Göntje Schwab einig. Zudem bedarf es einer Festschreibung des heutigen hohen Angebotsstandard, um diesen bei gleichbleibenden Kosten zu wahren und konsequent weiterzuentwickeln und zu verbessern. Die Insel- und Halligkonferenz fordert, dass der Bund und das Land zu ihrer Verantwortung für die Region stehen. „Das Land hat im Koalitionsvertrag versprochen, die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins durch einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr und eine vernetzte Verkehrsplanung zu stärken,“ merkt die Geschäftsführerin Natalie Eckelt an. Die Insel- und Halligkonferenz fordert neben der

Beteiligung am Vergabeverfahren einen Masterplan Westküste zur Verkehrsanbindung der Inseln und Halligen, der in ein langfristiges, zukunftsorientiertes Gesamtkonzept für Schleswig-Holstein eingebunden ist.

Weitere Informationen:

Manfred Uekermann, Vorsitzender: Tel. 0151 – 50 40 57 00

Natalie Eckelt, Geschäftsführung: Tel. 0151 – 50 67 04 88